Nr. 486. 42. Jahrgang. Abend-Ausgabe. Mittwoch, 24. September 1913

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Handelsverträge.

Der Reichstag hat für Fragen rein politischer Natur eine Mehrheit der Linken, die von der blauschwarzen Minderheit erst geleugnet und dann verspottet wurde, sich bei jeder Kraftprobe aber als so dauerhaft bewährte, daß die geschäftsklugen Herren vom Zentrum es bei Erledigung der Wehrsteuer für geraten hielten, ihrem Dasein Rechnung zu tragen und damit diese Mehrheit als tatsächlich vorhanden anzuerkennen. Der Reichstag hat aber auch für die wirtschaftlichen Fragen eine agrarische Mehrheit, bestehend aus Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen, die auf „unsere bewährte Wirtschaftspolitik" schwört. Diese Mehrheit wird ihre Kraftprobe erst zu bestehen haben, wenn es sich darum handelt, für die Erneuerung der Handelsverträge die Basis zu schaffen. Denn innerhalb dieser Mehrheit selbst glaubt einstweilen niemand daran, daß unsere handelspolitischen Beziehungen auf Grund der bestehenden Verträge stillschweigend fortgesetzt werden könnten. Streben doch die Agrarier danach, auf Grund eines lückenlosen Zolltarifs die wirtschaftliche Absperrung Deutschlands vollständig zu machen, und hat doch auch die im Kielwasser des Bundes der Landwirte segelnde, schwere Industrie allerlei Wünsche, die ohne eine „Novelle" zum Zolltarif kaum durchzuführen sind.

Wirtschaftspolitik aber ist keine häusliche Angelegenheit, die sich durch ein Raufen der verschiedenen Interessentengruppen im Familienkreise erledigen ließe. Die Vertragsstaaten haben dabei auch ein Wort mitzureden, und schon hat der uns politisch nächststehende, Oesterreich-Ungarn, allgemeine Wünsche angemeldet. Daß dies im Zentrumsorgan der Reichshauptstadt geschah, scheint für die herrschende Agrarclique eine etwas peinliche Ueberraschung gewesen zu sein. Denn zu den „bewährten" Grundsätzen unserer „bewährten" Wirtschaftspolitik, die von den Blättern der agrarischen Mehrheit bis zum Tage des Gesetzes gedankenlos nachgebetet zu werden pflegen, gehört auch der, daß Politik und Wirtschaft nichts miteinander zu tun hätten. Zwei Staaten könnten in Nibelungentreue herzinnig verbündet leben und dennoch ihre Wirtschaft im frischen, fröhlichen Zollkrieg gegenseitig ruinieren; das ist so einer von den Grundsätzen, wie sie Bismarck zu gelegentlichem Gebrauch zu verkünden liebte, ohne sie selbst für bare Münze zu nehmen. Von den Agrariern aber werden diese Grundsätze mit beschränkter Geltungsfrist als ewige und unvergängliche Wahrheiten einer echten Staatskunst gepriesen und mit dem Namen Bismarck scheuchen sie die nationalliberalen Angstmeier erfolgreich in den hochschutzzöllnerischen Pferch zurück, wenn einer von ihnen je Miene macht, eigene Wege zu wandeln und eigene Gedanken zu denken. Und nun läßt die österreichische Regierung, ausgerechnet in einem führenden Zentrumsblatt, höflich, aber bestimmt darauf aufmerksam machen, daß es mit diesem „bewährten" Grundsatz heute doch nicht mehr gehe, wenn es je gegangen sei. Selbst die Meisterhand Bismarcks habe bei dem Versuch, politische Freundschaft und wirtschaftlichen Krieg zu vereinigen, doch einen schweren Mißerfolg gehabt.

Das ist so unbestreitbar, daß man sich um eine Erörterung nicht herum zu drücken braucht. Denn gesetzt den Fall, die Austreibung der russischen Werte aus Deutschland im November 1887 sei eine wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen; so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß diese Maßregel unsere politische Lage in Europa von Grund auf verändert hat. Bismarck hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, trotz des wirtschaftlichen Krieges das alte, gute Verhältnis zu Rußland zu erhalten; aber es ist unverkennbar, daß die Aufnahme der vertriebenen russischen Werte durch den französischen Markt den Boden bereitete, worauf später die Allianz erwuchs. Bismarck vermochte den förmlichen Abschluß hintanzuhalten, daß er aber unter seinem Nachfolger zur Tatsache wurde, ist fürwahr nicht diesem allein zur Last zu legen. Und wenn man heute den „Grundsatz", daß die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen zweier Nachbarstaaten getrennte Wege wandeln könnten, als verbrauchten Blender zum alten Eisen wirft, so hat man keinen allzu ernsten Widerspruch mehr zu befürchten. Dafür hat schon die zwanzigjährige Aufklärungsarbeit des Bundes der Landwirte gesorgt, der die Reichspolitik gezwungen hat, sich ausschließlich nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen einer Kaste zu orientieren. Was uns das kostet, hat das Reich als Großmacht ebenso empfindlich zu spüren bekommen wie jeder einzelne Steuerzahler.

Mit dieser von Ostelbien aus orientierten Politik kann man das Deutsche Reich nicht auf der Höhe halten, auf die es Bismarck gehoben hatte; man wirtschaftet es vielmehr herunter von Stufe zu Stufe. Das ist die Lehre der zwanzig Jahre Bund der Landwirte, der sich alle Einsichtigen mehr und mehr bewußt werden. Eine deutliche Mahnung von auswärts, die im gleichen Sinne wirkt, kann da gar nichts schaden. Und sie darf um so unbefangener erörtert werden, als die Frage mit dem grundsätzlichen Streit um Zollschutz oder Freihandel blutwenig zu tun hat. Auch wenn man die Schutzzölle lediglich vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit betrachtet, bleibt immer noch die praktische Aufgabe zu lösen: ob das reichsdeutsche Wirtschaftsgebiet für die Zollmauer, die die Agrarier und ihre Helfershelfer darum gebaut haben, nicht viel zu klein sei? Denn es liegt doch auf der Hand: je größer das Wirtschaftsgebiet, um so leichter werden die Zölle ertragen, je enger das Wirtschaftsgebiet, um so drückender ist ihre Last. Unsere Hochschutzzöllner lieben es, darauf zu verweisen, daß doch selbst England seine Schutzzollbewegung gehabt habe und noch habe. Das stimmt, aber so verrückt ist Joe Chamberlain nie gewesen, daß er die britischen Inseln mit einer chinesischen Zollmauer nach deutschem Muster hätte umgeben wollen. Die eigentliche Sperr- und Schutzmauer sollte um das ganze britische Weltreich gezogen werden! Nun, wer die ganze Welt besitzt, kann an ihren Grenzen beliebig hohe Zölle festsetzen, es wird niemand stören, wenn nicht die Englein im Himmel. Und wer von dieser Erde ein so hübsches Stück besitzt wie die Engländer, der könnte — vielleicht! — die Last eines lückenlosen Zolltarifs tragen, ohne zusammenzubrechen. Für ein so enges Wirtschaftsgebiet aber, wie es das Deutsche Reich sein Eigen nennt, würde der lückenlose Zolltarif den Erstickungstod bedeuten.

Bedeutet doch schon der geltende Zolltarif eine kaum mehr erträgliche Einschränkung des Wirtschaftslebens. Es ist hohe Zeit, daß ihm Luft gemacht werde durch Erweiterung des Wirtschaftsgebietes. Das kann — wenn wir nicht den Bestand des Reiches für die agrarischen Kasteninteressen einsetzen wollen — nur geschehen durch Handelsverträge, die gleiche Wege einschlagen wie die politischen Verträge und Beziehungen des Reiches. Denn der schönste Handelsvertrag kann über Nacht in der empfindlichsten Weise gestört werden durch politische Spannungen, ebenso wie eine dauerhafte politische Freundschaft undenkbar ist bei beständigem wirtschaftlichen Kampfzustande. Die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen von Nachbarstaaten sind nicht so reinlich voneinander zu scheiden, wie Bismarck das einmal behauptet hat, ohne es beweisen zu können. Das dürfen wir uns heute — vorbehaltlich aller Regelung in Einzelfragen — wohl eingestehen.

Das Hilfsschiff für die Streikenden von Dublin

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 24. September.

Aus Dublin verlautet, daß Sir George Askwith, der Friedensstifter des britischen Handelsamts, demnächst nach Dublin kommt, um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu finden. Auch von anderen Seiten werden Anstrengungen in dieser Richtung gemacht. Der Lordmayor von Dublin hegt die Hoffnung, daß in den nächsten Tagen die Unterhandlungen ein erfolgreiches Ergebnis erbringen werden, wenn beide Seiten etwas nachgeben. Die Nachricht von der bevorstehenden Entsendung eines Hilfsschiffes mit Nahrungsmitteln ist in Dublin von den Notleidenden mit Erleichterung aufgenommen worden.

Liverpool, 23. September. (W. T. B.)

In einer Versammlung der Post- und Telegraphenbeamten wurde eine Resolution angenommen, in der wegen der vermehrten Kosten der Lebenshaltung eine Erhöhung der Gehälter gefordert wird. Sollte binnen sechs Wochen kein zustimmendes Ergebnis in dieser Frage erzielt werden, so soll eine außerordentliche Versammlung über die zu ergreifenden Maßregeln beschließen.

Die serbisch-albanischen Kämpfe.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Wien, 24. September.

Die Blätter erinnern in Besprechung der albanisch-serbischen Kämpfe daran, daß Kenner Albaniens während der Arbeiten der Londoner Botschafterkonferenz vor einem Abgrenzungsexperiment am grünen Tisch warnten. Durch dieses seien Albanien Städte genommen worden, die es nicht entbehren kann und seien die in Albanien verbliebenen Grenzstämme in Abhängigkeit von Serbien gebracht worden, die ihnen nun den Gebrauch der Märkte verweigern und altgewohnte Absatzstätten rauben. Den Albanisten bleibe daher nichts übrig, als auf ihren Bergen zu verhungern, oder sich den Serben zu unterwerfen, oder mit den Waffen in der Hand den letzten Freiheitskampf zu wagen. Man fürchtet hier, daß sich aus den lokalen Grenzkämpfen ernstere Dinge entwickeln werden, falls Serbien den betretenen Weg der Gewalt fortschreite.

Aus Belgrad wird gemeldet: Bei den Kämpfen bei Dibra hatten die Albanier über hundert Tote und Verwundete. Auch auf serbischer Seite waren die Verluste sehr beträchtlich. Der Kriegsminister hatte angeordnet, daß die bei Dibra versammelten Albanier, die etwa 5000 Mann stark sind, beim Eintreffen der Verstärkungen angegriffen werden. Es sind also für die nächste Zeit erneute heftige Kämpfe zu erwarten. Wie aus Skutari bekanntgegeben wird, beschlossen vier Malissorenstämme, die Feindseligkeiten gegen die Montenegriner zu eröffnen, um sie aus jenem Teil Albaniens zu vertreiben, der ihnen in der Londoner Botschafterkonferenz zugesprochen

Die wirtschaftliche Lage der Musiker.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

Es gärt und regt sich unter den Musikern. Die Tage sind vorbei, wo der Künstler sich geduldig in bestehende Verhältnisse schickte, sie als etwas Unabänderliches hinnahm. Der große soziale Gedanke der Zeit hat auch ihn jetzt ergriffen. Nach dem Vorgange der Bühnenangehörigen, Schriftsteller und Tonsetzer streben auch die ausübenden Musiker nach engerem Zusammenschluß und Rechtsschutz. Seit einem Jahrzehnt etwa tauchte der Gedanke auf, bald hier, bald dort angeregt; und nun sind die kleinen Bäche der Erregung zu einem gewaltigen Strom zusammengeflossen, der fast die Ufer ruhiger Ueberlegung zu überströmen droht. Die Not zwingt den Musiker, sich seiner Haut zu wehren, sie gibt ihm endlich die Entschlossenheit, der Widerstände nicht zu achten und zu handeln.

Es war seit langem vorauszusehen, daß es so kommen mußte. Die oft verspotteten Zustände, die durch eine unheilvolle Massenproduktion auf dem Konzertgebiet geschaffen und von mancher Seite noch künstlich gesteigert worden, haben leider auch ihre bittere ernste Seite. Es ist dahin gekommen, daß kaum noch der zehnte Teil der Konzertgeber auf seine Rechnung kommt, daß tüchtige, namhafte Künstler schwer um ihre Existenz ringen, und daß das musikalische Proletariat von Jahr zu Jahr in wahrhaft unheimlicher Weise anwächst. Die Künstler selbst sehen in dem Zwischenhandel, wie ihn die Konzertagenturen betreiben, eine Hauptquelle aller Schäden, und bei dem Ernst der Lage hat sich schließlich der Staat veranlaßt gefühlt, diesen Dingen näher zu treten. Die Anwendung des Stellenvermittlergesetzes auf die Konzertagenturen, die ihm bisher infolge eines besonderen Kommentars nicht unterworfen waren, wird voraussichtlich die Folge dieser Bewegung sein.

Mit den einschlägigen Fragen hat sich zunächst die 10. Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Tonkünstler beschäftigt, die unter dem Vorsitz von Adolf Gottmann vom 19 bis 21. September im Abgeordnetenhaus tagte. Dieselbe Versammlung, die bei der Reichsregierung für einen staatlichen Befähigungsnachweis für Musiklehrer einzutreten, die von Richard J. Eichberg dargelegten Mißstände, die dem Musikerstande aus dem Versicherungsgesetz für „Angestellte" erwachsen, zu bekämpfen, ein eigenes Rechtsschutzbureau (Referent Rechtsanwalt Leo Kempner) zu errichten beschloß, folgte auch mit Interesse den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Arnim Osterrieths über „Das Stellenvermittlergesetz und seine Folgerungen für die Konzertagenten und die ausübenden Künstler". Es sei hier gleich angefügt, daß an die Sitzungen des Verbandes sich in der Hochschule ein wohlgelungenes Festkonzert zur Erinnerung an sein zehnjähriges Bestehen schloß, das als gleichzeitige Nachfeier des Regierungsjubiläums des Kaisers neben Bachs „Musikalischem Opfer" (hier wohl zum ersten Male vollständig wiedergegeben) eine bisher unaufgeführte Symphonie für Streichorchester und Cembalo von Friedrich dem Großen und das interessante Oktett des musikalisch hochveranlagten Prinzen Louis Ferdinand brachte, ein Stück, das man noch heute mit Vergnügen hören kann. Um die Ausführung machten sich mit Erfolg Frau Ella Jonas-Stockhausen (Klavier) und die Herren Hans Bassermann (Violine), Fritz Becker (Cello), Richard Heese (Bratsche), Paul Rempt und Anton Stengl (Horn), Oskar Schubert (Klarinette), Dr. Schünemann (Flöte), Dr. Seiffert (Cembalo) und Max Klibicki (Kontrabaß), sowie ein Streichorchester unter Leitung von Gustav Lenzewski verdient.

Montag abend nun wurde der Faden wieder aufgenommen. Ganz im Stillen hat sich ein „Berufsverein ausübender Künstler" gebildet, um die nachgerade unintendrückbaren Wünsche weitester Kreise ihrer Erfüllung zu weit es geht entgegenzuführen. So weit es geht! Schon in dieser Vorversammlung, zu der Vertreter der Regierung, Musiker, Konzertvereinsvorstände, Saalbesitzer, Juristen, Schriftsteller, Journalisten und Männer, die sich für Volkswohl interessieren, ins Abgeordnetenhaus geladen waren, wurde nachdrücklich auf die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens hingewiesen. Es wurde allseitig anerkannt, daß eine plötzliche Aenderung der Verhältnisse unser Musikleben gefährden würde, es wurde ernstlich erwogen, ob ein Ausschalten der Agenturen überhaupt nötig und im Hinblick auf die Psyche des Künstlers wünschenswert wäre, und in dem Rechtsanwalt Kempner fand sich sogar ein mutiger Redner, der die Verdienste der Konzertdirektionen um das Aufblühen des deutschen Musikwesens nicht ignorieren wissen wollte. Rechtsanwalt Dr. Rosenberger betonte im besonderen die praktischen Schwierigkeiten eines gemeinnützigen Stellennachweises durch Fachgenossen. Aber es ließ sich nicht verkennen, daß die durch tiefwurzelnde Verbitterung erzeugte Bewegung gegen das Zwischenhändlertum nicht mehr eindämmen ist. „Wenn wir eine Macht sind," scholl es zurück, „so werden sich praktische Lösungen finden." In der Tat braucht das Vorgehen des „Verbandes konzertierender Künstler Deutschlands", der sich vor mehr als Jahresfrist in Düsseldorf aufgetan, nichts Abschreckendes zu haben. Dr. Osterrieth, der auch hier zunächst über das Stellenvermittlergesetz sprach und seine Motive und Folgen ausführlich darlegte, gab seine Erfahrungen mit diesem Verbande zum besten und kennzeichnete dessen geschäftliches Gebaren. Ich selbst muß nach den beiden „Einführungskonzerten" im Künstlerhaus sagen, daß ich eine ähnliche Verkennung der Aufgabe nicht erträumt hätte. Da sind gerade die Leute aufgetreten, die wir alle aus Interesse für die Kunst aus den Konzertsälen in private Gemächer versetzt wünschten. Nicht die Damen und Herren, die ihr „Diplom" teuer bezahlt haben, sondern die diplomierenden Prüfungskommissare kompromittieren sich bei solchen Konzerten. Der geplante „Berufsverein" müßte und wird es hoffentlich anders machen. Sehr zu begrüßen waren die Anregungen Dr. Stümckes und Professor Mayer-Mahrs, die beide die Bewegung mehr auf ideellere Ziele gerichtet wissen wollten. Ein Bund der Künstler unter sich wird am tatkräftigsten wirken, wenn er eine moralische Macht darstellt, Kontrolle übt, Recht verschafft und vielleicht die Geschäfte der Agenten durch einen Normalsatz regelt.

Ich will heute nicht auf die Vorschläge Osterrieths im einzelnen und auf den Entwurf der Vereinssatzungen eingehen. Das hat alles noch wenig feste Gestalt, und erst eine demnächst einzuberufende größere konstituierende Versammlung wird Klarheit in die Anschauungen und Absichten bringen. Nur so viel möchte ich bemerken, daß ein Zusammenschluß der Künstler, ein Versuch zur Selbsthilfe nur dann gelingen kann, wenn falsche Schritte vermieden werden, Undurchführbares unversucht bleibt. Wenn vor allem die wirtschaftliche Not nicht zur Verkennung ihrer eigentlichen Ursachen verleitet. Es klang gestern gewiß rührend, als eine Dame aufstand und sagte: was wir brauchen, ist „Brod", eine ehrliche, interesselose Vermittlung der Oeffentlichkeit. Wie viele Hunderte stehen hinter dieser verzweifelnd sich erhebenden Stimme! Aber vergessen wir doch nicht, daß jede, auch die beste Vermittelung eine Grenze findet einerseits an den Ansprüchen, andererseits an dem Bedürfnisquantum der Oeffentlichkeit. Wer diese Grenze zieht, wird immer hart und grausam erscheinen. Der Künstlerberuf unterscheidet sich gerade darin von allen anderen Berufen, daß bloße Tüchtigkeit in ihm wertlos ist. Wer ihn ergreift, muß sich mit dieser Tatsache abfinden. Das Publikum hat ein Recht auf Außerordentliches. Daran scheitern alle Versuche, künstlerisches staatlich zu ordnen, die Sache einfach als eine sozialpolitische oder volkswirtschaftliche zu behandeln. Uebelstände, deren Beseitigung gewiß in hohem Grade zu wünschen ist, werden erst verschwinden, wenn man sich klar geworden, daß an der Not der ausübenden Musiker zum mindesten ebenso viel wie das Ausbeutertum gewissenloser Agenten die unselige, durch den neuerdings gewachsenen Andrang zum Musikerberuf bewirkte Ueberflutung des Podiums, bei der Angebot und Nachfrage in gar keinem Verhältnis mehr stehen, die Schuld trägt.